

Plenardebatte am 29.01.2015

TOP 7: „Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten – Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene Lehrverträge!“

Landtagsabgeordneter Matthias Kerkhoff

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe jetzt noch ganz unter dem Eindruck dieser Ananasdiät. Ich habe das bisher nicht kennengelernt. Frau Jansen, Sie haben jetzt lange Ausführungen über das Wesen und das Funktionieren von Ausbildungsplatzabgaben gemacht. Was ich nicht so genau verstanden habe, ist aber, ob Sie jetzt eine solche einführen möchten, ja oder nein. Uns würde schon interessieren: Wie ist Ihre Haltung, wie ist die Haltung Ihrer Fraktion dazu? Das Gleiche gilt für den Minister und die Landesregierung. Der Antrag der FDP-Fraktion gibt Ihnen heute die Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen, ob Sie eine solche Abgabe wollen oder eben nicht. Wir sind der Auffassung, eine solche Abgabe ist ein falsches Signal. Das hilft keinem einzigen Jugendlichen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Das ist völlig unabhängig von der Frage, ob sie rechtlich möglich ist oder nicht. *(Beifall von der CDU und der FDP)*

Wir erwarten, dass Sie sich zu den Zielen des Ausbildungskonsenses bekennen und darlegen, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, um die Situation der unversorgten Bewerber, aber auch die Situation derjenigen, die sich in den sogenannten Warteschleifen befinden, zu verbessern.

Meine Damen und Herren, die duale Berufsausbildung ist eine der großen Stärken unseres Landes. Nicht umsonst versuchen deutsche Konzerne, die Standorte im Ausland aufzubauen, zur Fachkräftegewinnung ähnliche Systeme einzuführen. Sie ist eine der wesentlichen Gründe für die geringe Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Die Akzeptanz ist hoch. Wir alle tun gut daran, dazu beizutragen, dass das so bleibt. Aber wenn es auf der einen Seite für Jugendliche schwieriger wird, Ausbildungsstellen zu finden, wenn sie in der falschen Stadt wohnen oder Leistungsdefizite haben, und auf der anderen Seite Unternehmen erleben, dass sie für freie Ausbildungsstellen keine oder

kaum passende Bewerbungen bekommen, dann frisst eine solche Entwicklung langsam an der Akzeptanz eines solchen Systems. Daran sollten wir alle gemeinsam kein Interesse haben.

Jugendliche müssen wissen: Das Beste, was mir passieren kann, ist ein Ausbildungsplatz. Damit habe ich Chancen und berufliche Perspektiven. Den Unternehmen muss klar sein: Nur mit eigener Ausbildung bin ich in der Lage, langfristig meinen Fachkräftebedarf zu sichern, und wenn die Bewerberzahlen zurückgehen oder sich die Struktur der Bewerber verändert, dann muss ich auch prüfen, ob ich die Defizite, die ich vielleicht bei dem einen oder anderen sehe, nicht in den Griff bekommen kann. Die Agentur für Arbeit beschreibt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt folgendermaßen: weniger Bewerber, mehr Stellen, regional große Unterschiede.

Deshalb müssen auch die Lösungswege die Vielschichtigkeit der Herausforderungen beinhalten. Es gibt Regionen mit mehr freien Stellen als Bewerbern.

Es gibt Regionen mit mehr Bewerbern als freien Stellen. Es gibt auch die Situation, dass Bewerber und Stellen nicht zusammenpassen. Von einer zu geringen Ausbildungsbereitschaft zu sprechen, ist nicht richtig. Die Herausforderungen am Ausbildungsmarkt sind nicht gegen die Unternehmen, sondern nur mit ihnen zu lösen. Sie müssen aus ureigenstem Interesse Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Es hilft auch nicht weiter, wenn die Landesregierung auf Beschwerden zum Thema „Ausbildungsreife“ auf die hohe formale Qualifikation verweist. Wenn es hier Probleme gibt, muss man das ernst nehmen und darf das nicht vom Tisch wischen.

(Beifall von der CDU)

Eine Ausbildungsplatzabgabe ist das falsche Instrument. Sie führt im Ergebnis dann dazu, dass außerbetriebliche Ausbildungsplätze eingekauft würden, die eben nicht die Praxisnähe besitzen und eher nach Wunsch und Neigung des Bewerbers als nach tatsächlichem Bedarf am Arbeitsmarkt entstehen. Meine Damen und Herren, das Thema „Berufsorientierung“ bleibt auf der Tagesordnung. Es ist ja auch eben angesprochen worden. Sie reden alle immer so stolz von KAOA. Natürlich, systematische Berufsorientierung ist wichtig. Wer würde das bezweifeln! Aber mit der Einführung von KAOA stoppen Sie vor Ort, zum Beispiel bei mir im Wahlkreis, die Finanzierung des Programms „ProBe“, das intensiver und besser auf Ausbildung vorbereitet hat. Gerade schwächere Jugendliche haben es so schwerer in der Berufsorientierung und damit auch bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Wir müssen uns aber auch Gedanken darüber machen, wenn wir einerseits Regionen mit unversorgten Bewerberinnen und andererseits Regionen mit offenen Stellen haben, wie wir das zusammenbringen. Mobilität spielt hier eine wichtige Rolle, und zwar auf der Straße, auf der Schiene und im Kopf. Wenn es den Wunschberuf am Wunschort nicht gibt, dann muss in einem zweiten Schritt auch über den Tellerrand geschaut werden, ob nicht in der Nachbarstadt, im Nachbarkreis ein ähnlich attraktiver Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Dann muss die Botschaft lauten: Dort, wo ich zum Skifahren oder zum Feiern hinfahre, kann auch mein künftiger Ausbildungsplatz sein.

Meine Damen und Herren, es gehört zur Wahrheit und Vollständigkeit dazu, dass auch durch Landespolitik ein Beitrag zu mehr Ausbildungsplätzen geleistet werden kann. Damit sind wir beim Thema „Wirtschaftspolitik“. Der Tagesordnungspunkt vorher hat das ausführlich behandelt.

(Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.)

Da reden wir über zu viel Bürokratie und Gängelung, neue Vorschriften und Auflagen. Ich will das jetzt nicht alles wiederholen. Ich füge jedoch hinzu: Wir als Abgeordnete können neben guter Gesetzgebung hier im Hause auch in unseren Wahlkreisen etwas beitragen: indem wir bei Unternehmens- und Schulbesuchen über das Thema „Ausbildung“ sprechen, indem wir uns selber zu Botschaftern der dualen Ausbildung machen und dafür bei Unternehmen, bei Schülern und bei Eltern werben. – Vielen Dank.

Es gilt das gesprochene Wort

Den weiteren Verlauf der Debatte finden Sie unter:

<http://landtag/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP16-78.pdf?von=7996&bis=8003>